



## Die müde Demokratie munter machen. Aber wie?

OÖNachrichten/Gesamt | Seite 3 | 1. Juli 2022  
Auflage: 117.732 | Reichweite: 407.000  
Artikel gleichlautend erschienen in allen Ausgaben.  
Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich

AKTE OBERÖSTERREICH  
VON GERALD MANDLBAUER



„Vieles ist nicht neu, so wie Oberösterreich kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem hat.“

# Die müde Demokratie munter machen. Aber wie?

**Grünbuch Demokratie:** Wie kann der Demokratie auf die Beine geholfen werden? Der Verfassungsausschuss des Landtages berät über ein Expertenpapier. Neben vielem wird darin auch der Proporz infrage gestellt.

Seine für ihn schmerzvolle Ablösung als Landtagspräsident habe er verwunden, das Verhältnis zu Thomas Stelzer sei „ordentlich“, sagt Wolfgang Stanek. Freunde, die sie seit politischen Jugendtagen gewesen sind, werden die beiden aber nicht mehr, heißt es in der Volkspartei.

Sein wichtigstes Projekt als Präsident des Landesparlamentes führt Stanek in seiner jetzigen Rolle als einfacher Abgeordneter weiter fort. Er hat vor zwei Jahren ein Demokratieforum ins Leben gerufen. Überparteilich getragen von allen Fraktionen und dazu der IWS (Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich), haben viele Experten über Ideen zur Stärkung und Belebung der Demokratie beraten.

Dieser zweijährige Prozess mündete in ein „Grünbuch Demokratie“. Dieses Grünbuch, vor einigen Wochen von Landtagspräsident Max Hiegelsberger und Gottfried Kneifel vorgestellt, ist eigentlich ein Rotbuch. In Rot gebunden fasst es auf 58 Seiten das aktuelle Leiden der Demokratie zusammen: Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit. 40 Prozent sind für Law & Order und einen starken Mann. Der Begriff Partei stößt bei vielen auf Ablehnung, die Ränder und Extreme werden stärker, die Kluft zwischen Eliten und Leuten, die sich abgehängt fühlen, wird größer.

Die Königssee gibt es im Grünbuch nicht, stattdessen mehr als 300 Einzelvorschläge, oft in langer Bürokratenprosa versteckt, alle darin mündend, mehr Vertrauen in die Politik aufbauen zu müssen. Auch und vor allem Landespolitik müsse modernisiert werden, weil sie den Leuten näher ist.

Ein Mittel dazu auf vielen Ebenen sei Transparenz, daher rührend der Vorschlag, Einsicht in Prozesse durch die Veröffentlichung ungeschwätzter politischer Protokolle zu schaffen. Das Amtsgeheimnis solle beseitigt werden. Die Landesregierung solle regelmäßige Vorhabensberichte liefern und informieren, woran sie arbeite. Alt ist die Forderung, mehr politische Bildung in den Schulen zu ermöglichen, die Medien nach Qualität zu fördern und nicht nach reiner Quote und die Bürgerbeteiligung auf



Wolfgang Stanek leitet den Verfassungsausschuss. Dieser wird das Grünbuch behandeln: „Es landet nicht in der Schublade.“ Foto: Mandlbauer

Neben diesen Veränderungen im politischen Betrieb werden vom Demokratieforum auch echte Verfassungsreformen angeregt. • Regierungsproporz in Oberösterreich aufheben.

Im Grünbuch wird der Landesproporz kritisch gesehen.



Die Balance zwischen Regierung und Landtag stimmt nicht mehr, heißt es. Foto: Wehlbold

neue Beine zu stellen. Stanek nennt das Grünbuch „eine Diskussionsgrundlage, keine Handlungsanleitung“. Vieles ist nicht neu, so wie auch Oberösterreichs Politik generell kein Erkenntnis-, sondern höchstens ein Umsetzungsproblem hat.

Die Frage ist, ob auch dieses Papier im Altpapier oder in der Vergessenheit landen wird. Stanek will das verhindern. „Die anderen Parteien haben es mitgetragen, jetzt wird es im Verfassungsausschuss behandelt – und dann werden wir es Schritt für Schritt abarbeiten.“ Er könne garantieren, dass das Grünbuch nicht schubladiert werde.

Manches würde einen Bruch mit Parteilinien und Traditionen bedeuten. So wird der überkommene Landesproporz kritisch angesprochen (siehe Faktenkasten), oder die Beschränkungen im Wahlrecht. Stanek: „Wer gut integriert ist und seit Jahren hier lebt, soll auch wählen dürfen. Die hohen Kosten für den Erwerb der Staatsbürgerschaft dürfen dabei kein Hemmnis sein.“

Eklatante Fehler würden in der Politik selbst gemacht, sagt Stanek. „Wenn Politiker meinen, sie könnten nur reüssieren, indem sie andere anschnüthen.“ Das gelte auch für die Medien und insbesondere die sozialen Medien, die nicht das Verbindende, sondern das Trennende betonten. „Mit Lügen wird im Internet Geld gemacht.“

Eines seiner Herzensprojekte sei die Aufwertung des Landesparlamentes. Wie alle Parlamente hat es mit der zunehmenden Dominanz der Exekutive zu kämpfen. Regierungen und Kabinette dominieren. Stanek äußert sich diplomatisch: „Es ist darauf zu achten, dass das Gleichgewicht zwischen Gesetzgebung und Exekutive in Balance bleibt.“

SPÖ, Neos und Grüne haben zur Aufwertung des oberösterreichischen Landtags konkrete Vorstellungen, sie wollen diese schrittweise ankündigen und umsetzen (siehe Faktenkasten). „Wir tragen vieles aus diesem Grünbuch mit“, sagt der Dritte Landtagspräsident Peter Binder (SP). Ihm sei um Wolfgang Stanek an der Spitze des Landtags leid. „Er ist in dieser Rolle ein klarer Modernisierer gewesen.“

### GESPRÄCHE VON SPÖ, GRÜNEN UND NEOS ÜBER EIN ENDE DES PROPORZES LAUFEN GUT

**Dreiparteien-Allianz.** Der im Grünbuch kritisch beurteilte Landesproporz gerät auch unabhängig davon unter Druck. **Sozialdemokraten, Grüne** und **Neos** verhandeln über eine gemeinsame Initiative zur Abschaffung dieser aus ihrer Sicht überholten Regierungsform. Das wurde den OÖN bestätigt. Der künftige SP-Chef **Lindner** wie auch der Linzer Bürgermeister **Luger** sehen politische große Chancen darin, dieses Relikt in der Landesverfassung zu beseitigen. Einige Bürgermeister in der SPÖ (vor allem im Bezirk Linz-Land)

müssen von diesem Kurswechsel jedoch noch überzeugt werden. Damit käme die Volkspartei unter Druck. Ihr Argument für die Fortführung des Proporz war bisher gewesen, dass sich keine Mehrheit für eine Abschaffung ergeben würde. SPÖ, Grüne und Neos wollen außerdem den Landtag aufwerten und mehr Minderheitenrechte, einen Budgetdienst und das Recht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen einfordern. „Es geht um eine Modernisierung des Landtags und ein Aufbrechen von Verkrustungen“,

sagt der Dritte Landtagspräsident **Peter Binder** (SP). Erforderlich sei „Waffengleichheit zwischen Regierung und Landtag“. Wenn ein kleines Regierungsbüro mehr Mitarbeiter als die größte Opposition hat, dann sei klar, dass diese Gewichte nicht mehr stimmen. Als Ausdruck eines „Klimas des Miteinanders“ habe der Proporz ohnedies ausgedient. „Wir drei haben besser zueinander gefunden, weil der Einser (**Thomas Stelzer**, Anm.) dieses Klima nicht mehr so pflegt“, heißt es von SPÖ, Neos und Grünen.